Pressemeldung

Hamburger Parteipolitiker wollen zum Volksentscheid eine irreführende und möglicherweise verfassungswidrige Gegenvorlage beschließen

Die in der Hamburgischen Bürgerschaft vertretenen Parteien CDU, GAL, SPD und DIE LINKE beabsichtigen, am Mittwoch für den Hamburger Volksentscheid eine Gegenvorlage mit der irreführenden Titel-Bezeichnung „*Für eine bessere Schule*“ zu beschließen. Die Volksinitiative „Wir wollen lernen!“ sieht in der geplanten Vorlage, insbesondere aber in der Titel-Bezeichnung eine Verletzung der Hamburgischen Verfassung. Auch Staatsrechtler Professor Dr. Ulrich Karpen hält die Titel-Bezeichnung für verfassungswidrig.

Hamburg, 4. Mai 2010 – Schon das Vorhaben der Parteien, überhaupt eine Gegenvorlage auf den Stimmzettel zu bringen, die das von den Parteien beschlossene Schulgesetz nur wiederholt, begegnet erheblichen Bedenken. Nach Berichten des NDR räumte dazu sogar ein Mitglied der GAL-Fraktion, Jan Dube, gegenüber dem NDR ein, dass man damit die Bürger vielleicht mehr verwirre.

„Die Elterninitiative ‚Wir wollen lernen!’ setzt sich seit der Gründung im Mai 2008 für eine bessere Schule ein. Deshalb ist die von den Parteien geplante Vorlagenbezeichnung ‚*Für eine bessere Schule*’ unfair und irreführend. Sie legt es darauf an, die Wähler zu verwirren und Stimmen auf die Gegenvorlage der Bürgerschaftsparteien umzulenken!“ kommentiert Dr. Walter Scheuerl, Sprecher der Volksinitiative, den Vorgang.

Das sieht auch der Staats- und Verfassungsrechtler Professor Dr. Ulrich Karpen so: „Die Aufnahme einer solchen Bezeichnung für die Gegenvorlage der Bürgerschaft würde gleich gegen drei verfassungsrechtliche Gebote verstoßen:

- das Gebot der **Transparenz**, vor allem das Verbot, Abstimmungsteilnehmer irrezuführen
- den Grundsatz der **Organtreue**, der die Bürgerschaft verpflichtet, ihre Zuständigkeiten verantwortlich und gewissenhaft auszuüben
- und das Gebot der **Waffengleichheit**, wonach dann auch die Volksinitiative ihre Vorlage für den Stimmzettel um eine zusätzliche Überschrift ergänzen können müsste.“

Hintergrund:

Die Volksinitiative „Wir wollen lernen!“ wurde von Ulf Bertheau, Dr. Carsten Bittner, Ute Darius, Dr. Walter Scheuerl und Ralf Sielmann im Mai 2008 als Reaktion auf die Pläne der Hamburger Koalitionsparteien GAL und CDU ins Leben gerufen, die Grundschulzeit auf 6 Jahre zu verlängern und das Recht der Hamburger Eltern abzuschaffen, die Schulform der weiterführenden Schule im Anschluss an die Grundschulzeit wählen zu können. Die Initiative führte vom 28. Oktober bis zum 17. November 2009 ein Volksbegehren durch, bei dem in Hamburg mit 184.500 Unterschriften rund das Dreifache der erforderlichen Unterschriften für die Erhaltung des Elternwahlrechts und der weiterführenden Schulen ab Klasse 5 gesammelt wurden.

Die Volksinitiative setzt sich ein für

- die Erhaltung weiterführender Schulen ab Klasse 5 in Hamburg,
- die Erhaltung des Elternwahlrechts in Klasse 4,
- die Erhaltung der „Langformschulen“ (Gesamtschulen),
- ein gutes zweigliedriges Schulsystem mit Stadtteilschulen und den bei PISA wirklich erfolgreichen Gymnasien,
- die Verbesserung der Ausstattung bestehender Schulen,
- die Erhöhung der Anzahl der Lehrer,
- die individuelle Förderung von schwachen und starken Schülern,
- die besondere Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund,
- die Erhaltung kurzer Schulwege,
- und das sorgfältige Umsetzen einer Schul-Reform vor der nächsten!

Ansprechpartner für Rückfragen

Dr. Walter Scheuerl (Sprecher)
Tel.: +49 (0)40 359 22-270
Mobil: +49 (0)172 43 53 741
Fax: +49 (0) 40 359 22-234
E-mail: walter.scheuerl@wir-wollen-lernen.de
Internet: www.wir-wollen-lernen.de